

## Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

10. April 2017

### Ägypten

#### **Anschläge am Palmsonntag**

Bei zwei Bombenanschlägen auf Gottesdienste von Kopten zur Feier des Beginns der Karwoche starben am 09.04.17 in der Kirche St. Georg in der nordägyptischen Stadt Tanta mindestens 27, in der St.-Markus-Kathedrale in Alexandria mindestens 17 Menschen. Insgesamt etwa 120 Menschen wurden verletzt. Der IS bekannte sich zu den Taten und drohte mit weiterer Gewalt gegen Christen. Präsident al-Sisi kündigte die Verhängung des Ausnahmezustandes für drei Monate an, sobald die erforderlichen verfassungsrechtlichen Schritte, wie die Zustimmung des Parlaments, vollzogen seien. Zuvor hatte er den sofortigen landesweiten Einsatz von Armeeeinheiten zur Unterstützung der Polizei angeordnet. Koptische Christen protestierten nach den Anschlägen gegen die Regierung, weil sie sich nicht gut genug geschützt fühlen.

Zum koptischen Christentum bekennen sich in Ägypten etwa 10% der Bevölkerung. Ihre Religionsausübung ist weitgehend frei, das Zusammenleben mit der muslimischen Mehrheit überwiegend friedlich. Vor allem in ländlichen Gebieten kommt es allerdings immer wieder zu Spannungen und Gewalt.

### DR Kongo

#### **Kabila ernannt Tshibala zum neuen Ministerpräsidenten**

Am 07.04.16 wurde Bruno Tshibala von Kongos Präsident Kabila, dessen reguläre Amtszeit im Dezember 2016 ablief, zum neuen Premierminister einer Übergangsregierung ernannt. Als deren Hauptaufgabe gilt die Organisierung von Präsidentschaftswahlen bis Ende 2017. Diese waren u.a. im bisher nicht umgesetzten Silvesterabkommen vom 31.12.16 zwischen der Opposition und der Regierung vereinbart worden (vgl. BN vom 09.01.17). Tshibala gehörte bis vor einigen Wochen noch Kongos größter Oppositionspartei UDPS (Union für Demokratie und sozialen Fortschritt) als stellvertretender Generalsekretär an. Im Streit um die Nachfolge des am 01.02.17 verstorbenen UDPS-Präsidenten Etienne Tshisekedi verließ er jedoch die Partei und wurde Anfang März 2017 aus der UDPS ausgeschlossen.

Die Ernennung Tshibalas könnte nach Ansicht von Beobachtern zu einer weiteren Spaltung der Opposition führen. Kongos größtes Oppositionsbündnis Rassemblement, dem auch die UDPS angehört und das laut dem Silvesterabkommen den neuen Ministerpräsidenten stellen soll, hatte gegenüber Kabila für den Posten des Ministerpräsidenten seinen neuen Präsidenten Felix Tshisekedi, der in dieser Funktion seinem Vater Etienne Tshisekedi nachfolgte, benannt. Diesen Vorschlag hatte Kabila jedoch abgelehnt. Felix Tshisekedi bezeichnete die Ernennung Tshibalas als eine Abweichung vom Silvesterabkommen. Für den 10.04.17 hat die UDPS in Kinshasa zu einem Massenmarsch aufgerufen, um gegen die bisherige Nichtumsetzung des Silvesterabkommens zu demonstrieren.

### EJR Mazedonien

#### **Anhaltende Krise**

Seit den Parlamentswahlen im Dezember 2016 ist Mazedonien noch immer ohne Regierung. Die konservative Partei VMRO-DPMNE hatte die Wahl zwar mit knappem Vorsprung vor den Sozialdemokraten (SDSM) gewonnen, scheiterte aber an der Regierungsbildung. Seitdem weigert sich Staatspräsident Gjorge Ivanov, den Sozialdemokraten einen Auftrag zur Regierungsbildung zu erteilen, obwohl diese eine Mehrheit mit der Partei der albanischen Minderheit (DUI) erreichen konnte. Die albanische Minderheit fordert eine Änderung der mazedonischen Verfassung. Die Albaner sollen den Status

einer staatsbildenden Nation erhalten und Albanisch zweite Amtssprache werden. Laut Präsident Ivanov würde eine Koalition mit der DUI die Einheit und die Souveränität des Landes bedrohen. Gegen die geplante Koalition gingen im März zehntausende Menschen auf die Straße. Sie wollen eine Stärkung der Rechte der Albaner verhindern. Die bisherigen Vermittlungsversuche der EU waren nicht erfolgreich.

## **Gambia**

### **Parlamentswahl**

Am 06.04.17 fand in Gambia die Wahl des neuen Parlaments statt. Bei einer Wahlbeteiligung von 42 % hat die Vereinigte Demokratische Partei (UDP) des seit Dezember 2016 gewählten Präsidenten Barrow 31 von 53 Sitzen im Parlament gewonnen. Zur Wahl standen 238 Kandidaten aus neun Parteien.

## **Guinea**

### **Masernepidemie**

Seit Anfang des Jahres wurden 3.468 Fälle von Masernerkrankungen gemeldet. Am meisten betroffen sind die Städte Conakry und Nzérékoré. Die Epidemie hat bereits 14 Todesopfer gefordert. Während der Ebolaepidemie wurde die Impfung gegen Masern zurückgefahren aus Angst, die Kinder bei Besuchen in medizinischen Zentren mit Ebola der Gefahr der Ansteckung auszusetzen. Um die Masernepidemie zu bekämpfen, schickt das Gesundheitsministerium in Guinea 126 Impfstoffe an 164 Impfstellen, um alle Kinder zwischen sechs Monaten und zehn Jahren zu impfen.

## **Marokko**

### **Neue Regierung gebildet**

König Mohammed VI. hat die neue marokkanische Regierung ernannt. Der von ihm im März ernannte Ministerpräsident Saad Eddin El Othmani von der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) hat eine Allianz aus Konservativen, Sozialisten und marktfreundlichen Parteien gegründet. Diese hält zusammen 240 der 395 Sitze im Repräsentantenhaus. Am 14.04.17 wird das Parlament die Regierung bestätigen. Kritiker bemängeln, in der neuen Regierung seien zu viele Politiker, die dem König nahestehen.

## **Serbien**

### **Anhaltende Proteste nach Wahl Vučićs zum Präsidenten**

Seit der Präsidentschaftswahl am 02.04.17, die Serbiens Premierminister Aleksandar Vučić mit 55% der Stimmen gewann, protestieren Tausende von Menschen im ganzen Land, vor allem Studenten. Jeden Abend fanden in Belgrad, Novi Sad, Nis und einigen kleineren Städten Umzüge statt. Am 08.04.17 demonstrierten 10.000 Menschen in Belgrad. Sie fordern den Rücktritt von Vučić wegen angeblicher Wahlmanipulation, Korruption, autokratischer Machtfülle und sozialer Missstände im Land. Vučić halte die gesamte Macht in seinen Händen und dominiere das Parlament, die Justiz und die Medien, kritisieren seine Gegner. Sie befürchten, dass sich Serbien immer mehr zu einer Autokratie entwickelt.

Vučić gehört der konservativ-wirtschaftsliberalen Serbischen Fortschrittspartei (SNS) an und führt die Regierung seit 2014. Er will Serbien in die EU führen und zugleich gute Beziehungen zu Russland unterhalten. Vučić war früher Mitglied der ultranationalistischen Serbischen Radikalen Partei und von 1998 bis 2000 Propagandaminister unter Slobodan Milošević.

## **Somalia**

### **Anschläge**

Die Explosion einer Autobombe in Mogadischu vor den Ministerien für innere Sicherheit und für Jugend und Sport tötete am 05.04.17 mindestens sieben Menschen und zerstörte ein nahe gelegenes Restaurant.

Am 06.04.17 starben nahe der Ortschaft Golweyn (Region Lower Shabelle) mindestens 20 Zivilisten bei der Explosion einer Sprengfalle, die ihren Kleinbus zerstörte. Al-Shabaab bestritt eine Verantwortung, da sie in dieser Gegend nicht operiere. Drei Zivilisten starben, als al-Shabaab-Kämpfer am 07.04.17 Granaten auf ein Wohngebiet im Stadtteil Wadajir von Mogadischu feuerten. Bei einem Autobombenanschlag kamen am 09.04.17 mindestens 17 Soldaten und Zivilisten ums Leben, als ein Selbstmordattentäter auf einer belebten Straße in der Nähe des Verteidigungsministeriums einen Militärkonvoi angriff. Ziel des Anschlags war wahrscheinlich der neu ernannte Armeechef General Mohamed Ahmed Jimale Irfid. Er blieb unverletzt. Zu der Tat bekannte sich die al-Shabaab.

### **Militärische Operationen**

AMISOM, somalische Regierung und somalische Armee kündigten am 03.04.17 eine Operation zur Sicherung der Hauptversorgungswege an, um die Belieferung der ländlichen Gebiete mit Hilfsgütern zu erleichtern. Nach Angaben des Sondergesandten der Afrikanischen Union könne sich eine mögliche Route von Mogadischu bis nach Baidoa (Region Bay) etwa 150 km nordwestlich von Mogadischu erstrecken. AMISOM zufolge seien Einsätze bis zu zwölf Meilen weit beidseits der Straße geplant, um die Herrschaft der al-Shabaab über die ländlichen Gebiete zu schwächen.

Präsident Mohamed Abdullahi Farmajo erklärte am 06.04.17 Somalia zum Kriegsgebiet und wies die Armee an, Vorbereitungen für eine neue Offensive zu treffen. Er bot al-Shabaab-Kämpfern eine Amnestie an, falls sie sich innerhalb von 60 Tagen ergäben. Die neue Offensive zielt zunächst auf eine Verbesserung der Sicherheitslage in Mogadischu. Al-Shabaab intensivierte ihre Anschläge in Mogadischu nach der Wahl von Farmajo zum Präsidenten im Februar 2017.

### **Zivilisten von AMISOM getötet**

Ein Parlamentsmitglied des Southwest State bestätigte, dass AMISOM-Soldaten nahe Barawe (Region Lower Shabelle) am 06.04.17 eine fünfköpfige Familie getötet hätten. Eine Stellungnahme von AMISOM liegt nicht vor. Nach Angaben von al-Shabaab sollen mindestens zehn Zivilisten bei dem Vorfall ums Leben gekommen sein.

### **Todesfälle durch Dürre und Cholera**

Nach Angaben des somalischen Gesundheitsministeriums seien seit Februar mindestens 407 Somalier an den Folgen von Dürre und Cholera gestorben. In Krankenhäusern würden derzeit mehr als 18.000 Menschen behandelt. Am meisten betroffen seien die Regionen Bay, Bakool, Middle und Lower Shabelle. Nach UN-Schätzungen bedürfe mehr als die Hälfte der somalischen Bevölkerung von ca. 11,2 Mio. Menschen humanitäre Hilfe.

### **Piraterie**

Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (United Nations Office on Drugs and Crime - UNODC) warnte am 04.04.17 vor einer zunehmenden Gefahr für Handelsschiffe durch Piraterie vor der somalischen Küste. Im vergangenen Monat hätten somalische Piraten einen Öltanker, ein Fischereischiff sowie zwei Frachtschiffe gekapert. Die jüngsten Fälle ereigneten sich vor der puntländischen Küste nahe dem östlichsten Punkt des Horns von Afrika. Nach UNODC erklärten Dürre, Streitigkeiten um illegale Fischerei und die abnehmende Präsenz maritimer Sicherheitskräfte das Wiederaufleben der Piraterie.

## **Südsudan**

### **Südsudanesen fliehen nach Sudan**

Nach UN-Angaben flohen seit Jahresbeginn mehr als 60.000 Südsudanesen vor Krieg und Hunger in das Nachbarland. UNHCR rechnet bis Jahresende mit rund 180.000 weiteren Flüchtlingen. In Südsudan gelten mehr als eine Million Kinder als akut unterernährt. Der sudanesischer Flüchtlingsbeauftragte nannte die Situation notfallähnlich und beklagte das Ausbleiben von Hilfe aus dem Ausland. Derzeit halten sich 365.000 Südsudanesen in Sudan auf.

## **Syrien**

### **Giftgasangriff auf Chan Scheichun**

Bei der Untersuchung von Opfern in der südtürkischen Provinz Adana durch Vertreter der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Organisation für das Verbot chemischer Waffen wurde festgestellt, dass bei dem Angriff vom 04.04.17 auf die von Rebellen kontrollierte Stadt Chan Scheichun in der Provinz Idlib Giftgas eingesetzt wurde. Die Verletzten zeigten typische Symptome, die bei Kontakt mit Nervenkampfstoffen auftraten. Zudem erklärte der türkische Justizminister Bozdog nach Medienberichten, die Untersuchung habe zudem ergeben, dass die Chemiewaffen von der syrischen Regierung eingesetzt worden seien. Die USA machen ebenfalls die syrische Regierung für den Angriff verantwortlich.

Bei dem Angriff waren nach Angaben von Menschenrechtsbeobachtern mindestens 86 Menschen getötet und dutzende verletzt worden. Das russische Verteidigungsministerium erklärte, die syrischen Regierungstruppen hätten in Chan Scheichun nicht selbst Giftgas eingesetzt, vielmehr hätte die syrische Luftwaffe ein von Rebellen genutztes Lager mit Giftstoffen getroffen.

Am 06.04.17 reagierten die USA auf den Giftgasangriff und feuerten von Kriegsschiffen im östlichen Mittelmeer über 60 Marschflugkörper auf einen Luftwaffenstützpunkt des syrischen Regimes in der Provinz Homs ab, von dem aus der mutmaßliche Giftgasangriff auf die Stadt Chan Scheichun durchgeführt worden sein soll.

## **Uganda**

### **Weltweit größtes Flüchtlingslager Bidi Bidi**

Im Rahmen des Konfliktes im benachbarten Südsudan sind bislang mehr als 800.000 Menschen nach Uganda geflohen. Die VN rechnen mit der Ankunft von etwa 400.000 weiteren Flüchtlingen in 2017. Im März 2017 kamen durchschnittlich 2.800 Flüchtlinge pro Tag ins Land. Etwa 274.000 Flüchtlinge leben im Lager Bidi Bidi im Distrikt Yumbe in Norduganda, das nun vor dem Lager Dadaab (überwiegend für somalische Flüchtlinge) in Kenia als das größte weltweit gilt. Um eine Überfüllung zu vermeiden, werden seit Dezember 2016 keine neuen Flüchtlinge mehr aufgenommen. Für sie wurden weitere Lager eröffnet.

## **Vietnam**

### **Deutscher Menschenrechtspreis für Bürgerrechtler**

Am 05.04.17 wurde der Rechtsanwalt und Bürgerrechtler Nguyen Van Dai mit dem Menschenrechtspreis des Deutschen Richterbundes ausgezeichnet. Dai befindet sich seit Dezember 2015 wegen Propaganda gegen den Staat in Untersuchungshaft. Er wollte sich mit EU-Vertretern treffen, die Menschenrechtsfragen in Vietnam untersuchten.